

„Besseren Zugang zu allen Daten“

CNFP-Präsident Yves Nosbusch im Interview

VON NADIA DI PILLO

Yves Nosbusch ist seit dem 1. Januar neuer Präsident des „Conseil national des finances publiques“. Im LW-Interview berichtet er über erste Projekte.

Herr Nosbusch, Ihr Vorgänger kritisierte im November letzten Jahres die Methode, mit der in Luxemburg Budgetpolitik betrieben wird. Diese sei weder transparent noch nachvollziehbar. Ist es an der Zeit, die ganze Haushaltspolitik ernsthaft zu überdenken?

Wir werden im Laufe dieses Jahres mehrere Studien durchführen und uns mit dieser Frage beschäftigen. Daher möchte ich den Ergebnissen dieser Arbeiten nicht vorgreifen. Wir werden im Rahmen unseres Auftrags zwei Gutachten vorlegen: das erste im Rahmen des sogenannten Stabilitäts- und Wachstumsprogrammes, das die luxemburgische Regierung jedes Jahr im April vorlegen muss, das zweite im Herbst zum Budget 2018. Außerdem planen wir, eine Studie durchzuführen, die die Entwicklung der Staatsfinanzen über einen längeren Zeitraum untersucht. Dabei werden wir uns genau überlegen, welche Vorschläge wir der Regierung unterbreiten können.

Eine große Herausforderung stellen die chronischen Fehleinschätzungen bei den makroökonomischen Prognosen dar...

Es ist eine Tatsache, dass wir in Luxemburg teilweise starke Revisionen in den makroökonomischen Schätzungen haben. Dies lässt sich zum Teil dadurch erklären, dass wir eine kleine, offene Wirtschaft sind. Es ist daher normal, dass Luxemburg eine wesentlich höhere Volatilität als andere Länder aufweist. Dennoch ist es wichtig, besser zu verstehen, wieso derartige Revisionen zustande kommen. Wir möchten ebenfalls die Unterschiede zwischen den Wirtschaftsprognosen der nationalen und internationalen Institutionen (OECD, IMF etc...) besser entschlüsseln. Daher beabsichtigen wir, künftig eine umfangreiche Analyse zu diesen Themen durchzuführen.

Bei Kostenberechnungen gibt es immer wieder große Unterschiede. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Steuerreform. Wie lassen sich diese Differenzen erklären?

Der Unterschied erklärt sich zum Teil durch die Berechnungsmethode, zwischen der „Brüsseler“ Rechnungsart gemäß SEC (système européen des comptes – „méthode des droits constatés“) und dem „Luxemburger“ Berechnungsmodell („en base caisse“). Diese Differenz erklärt allerdings nicht alles. Wir können uns derzeit über die Haushaltsprognosen einen Gesamtüberblick verschaffen, aber wir verfügen nicht über alle Details zu den Rechenmethoden, weil wir eben auch keinen vollen Zugang zu allen Daten und Hypothesen haben. Wir würden uns deswegen schon einen verbesserten Zugang zu staatlichen Informationen wünschen.

Yves Nosbusch:
„Wir arbeiten
unabhängig.“

(FOTO: GERRY HUBERTY)



Wir möchten die Unterschiede zwischen den Prognosen der nationalen und internationalen Institutionen besser entschlüsseln.

Welche Daten brauchen Sie denn?

Wir versuchen, mit dem Finanzministerium ein „Memorandum of Understanding“ auszuarbeiten, das den genauen Zugang zu Informationen und dessen Zeitpunkt festlegt. Wir würden uns außerdem wünschen, dass dieses Abkommen festlegt, wie das „comply or explain“-Prinzip anzuwenden ist. Dieser europäische Grundsatz besagt, dass die Regierung erklären soll, aus welchen Gründen sie die Empfehlungen des CNFP nicht umsetzt. Es geht unter anderem darum, zu wissen, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt dem „Conseil national des finances publiques“ die Erklärung übermittelt wird. Demnach wünschen wir uns, dass dies in Luxemburg stärker formalisiert und besser strukturiert wird.

Wie läuft der Datenaustausch derzeit ab?

Ich behaupte nicht, dass wir keine Daten bekommen, aber es läuft eben weitgehend informell ab. Manchmal dauert die Datenübermittlung zu lange; ab und zu erhalten wir nicht alle nötigen Informationen. Wir brauchen deshalb eine verbindlichere Struktur, die einen gewissen Automatismus beinhaltet. Es geht darum, dass wir unsere Arbeit durch eine bessere Vorhersehbarkeit und Planung optimal gestalten können.

Können Sie uns kurz erklären, worin Ihre Arbeit besteht?

Der „Conseil national des finances publiques“ wurde durch das luxemburgische Gesetz vom 12. Juli 2014 aufgrund der europäischen Regeln zur Kontrolle der Haushaltspolitiken der EU-Staaten ins Leben gerufen. Wir arbeiten unabhängig. Aufgabe des Gremiums ist es, die öffentlichen Finanzen zu bewerten und zu überwachen. Der CNFP überprüft, ob die Regierung den nationalen Haushaltsregeln Rechnung trägt oder nicht. Somit sollen übermäßige öffentliche Defizite vermieden werden. Hierzu legen wir jedes Jahr mehrere Gutachten vor. Wie bereits vorher erwähnt, ist die Regierung nicht an unsere Empfehlungen gebunden. Dies gilt zumindest im Normalfall. Bei einem übermäßigen Defizit hingegen verlangt das Verfahren von dem betroffenen Staat, einen Plan mit zu befolgenden Korrekturmaßnahmen sowie konkrete Fristen für deren Umsetzung vorzulegen. In diesem Fall muss der

CNFP den „automatischen Mechanismus“ zur Durchführung von Korrekturmaßnahmen einleiten.

Sie stellen also die Verbindung her zwischen den europäischen und den nationalen Regeln?

Es gibt sowohl einen europäischen als auch einen luxemburgischen Rahmen mit dem Gesetz vom 12. Juli 2014. Die Europäische Kommission überprüft, ob sich die Regierung an die europäischen Regeln hält, während wir für den nationalen Teil zuständig sind. Die Aufgabe des CNFP ist es, zu prüfen, ob die Entwicklung der öffentlichen Finanzen des Landes den nationalen Vorgaben, wie sie im Gesetz vom 12. Juli 2014 festgelegt wurden, entspricht, insbesondere was das haushaltspolitische Gleichgewicht anbelangt. Dazu gehört auch die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen.

Apropos Nachhaltigkeit: Auf welchen Modellrechnungen und Zeitraum wird Ihre „neue“ Studie beruhen?

Während sich die derzeitigen Gutachten auf einen Zeitraum von 4 oder 5 Jahren beschränken, werden wir die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen über mehrere Jahrzehnte untersuchen. Mehr kann ich dazu noch nicht sagen, da wir mit unserer Arbeit erst angefangen haben. Wir müssen uns überlegen, wie wir aufgrund der zur Verfügung stehenden begrenzten Mittel diese Aufgabe meistern können.

Ist der CNFP denn personell immer noch stark unterbesetzt?

Der „Conseil national des finances publiques“ zählt sieben Mitglieder. Zwei Mitglieder werden von der Abgeordnetenkammer genannt, jeweils einen Vertreter bestimmen der Rechnungshof, die Berufskammer der Arbeitnehmer sowie die Handelskammer. Zwei weitere Mitglieder nennt die Regierung. Unsere Arbeit wird derzeit von einem ständigen Sekretariat mit zwei Ökonomen unterstützt.

Können Sie bei ihrer Arbeit auf externe Experten zurückzugreifen?

Unser Team kann prinzipiell auf die Unterstützung von ausgewiesenen Experten zurückgreifen.

Bei unabhängigen Gremien wird immer wieder gerne die Frage der Interessenskonflikte gestellt...

Wichtig ist es, darauf hinzuweisen, dass der Rat aus sieben Mitgliedern mit verschiedenen Meinungen besteht. Der Präsident des CNFP vertritt nur die Ansicht, auf die sich der Rat geeinigt hat.

Zudem sind die Befugnisse des CNFP sehr spezifisch und begrenzt. Es ist eindeutig nicht die Aufgabe des Rates, zu entscheiden, ob die Politik die eine oder andere Steuer anheben oder senken soll, ob eine Ausgabe gut oder schlecht ist. Unsere Aufgabe besteht lediglich darin, zu untersuchen, welche Auswirkungen die gesamten wirtschaftspolitischen Maßnahmen einer Regierung kurz- oder langfristig auf den Staatshaushalt haben.